

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Nach einem ereignisreichen Jahr für Rottenburg finden wir uns heute zusammen, um Bilanz zu ziehen und um nach vorn zu schauen. Bilanz zu ziehen über die Entwicklung unserer Stadt in einem Jahr, das man von Anfang an fraktionsübergreifend in düsteren Farben malte.

Vor einem Jahr, inmitten in unserer schweren Haushalts-Krise, agierte der Gemeinderat wie ein ohnmächtiges und überfordertes Gremium. Die Fraktionen von CDU, SPD und Grünen entschieden gemeinsam gegen die Stimmen der FDP fehlende Haushaltsmittel, anstatt über weitere Sparmaßnahmen durch den erneuten Griff in die Taschen der Bürger in Form der Erhöhung der Grundsteuer zu generieren. Dieses Vorgehen wurde mit der Notwendigkeit der dringenden Beschaffung von Ersatzdeckungsmitteln begründet, was angesichts der Erhöhung der Kreisumlage unbedingt notwendig sei.

Wie unverhältnismäßig diese Maßnahme war, stellte sich im schon bald im Nachhinein heraus:

Die Kreisumlage wurde in einem weitaus geringeren Maße erhöht als von der Verwaltung prognostiziert und im Haushalt eingeplant. Die Verwaltung wählte einen deutlich zu hohen Ansatz, obwohl von einer nur relativ kleinen Steigerung auszugehen war. Es drängt sich der Eindruck auf, dass man sich durch den überhöhten Ansatz seitens der Verwaltung bewusst über den Gemeinderat hinweg zusätzliche finanzielle Manövriermasse sichern und die Erhöhung der Grundsteuer nicht gefährden wollte. Wir sprechen hier von einem Geldbetrag von fast 400.000 €.

Meine Damen und Herren, dies ist ein dreistes Vorgehen, das sich nun ähnlich wiederholte. Auch dieses Jahr wurde - obwohl sich dies schon zum Zeitpunkt der Raschelstunde vor zwei Wochen anderes abgezeichnete - mit 43,38 % geplant und später die alten 41,95 % beibehalten. Meine Damen und Herren, wir müssen uns tatsächlich fragen, warum die Verwaltung nicht mit offenen Karten agiert.

Auch die Entwicklung des Gesamtjahres gestaltete sich anders als prognostiziert. So wurden im vergangenen Jahr beträchtliche zusätzliche Mittel - mindestens 2,0 Mio € - aus Gewerbesteuer eingenommen. Es bleibt insgesamt daher festzuhalten, dass der Verwaltung schon im Jahr 2005 durch geringer ausfallender Kreisumlage und höherer Gewerbesteuer ca. 2,5 Mio € mehr zur Verfügung stehen als geplant.

Vor diesem Hintergrund ist im Nachhinein stark zu bezweifeln, ob im letzten Jahr die Erhöhung der Grundsteuer in im Gegenwert von 350.000 € beschlossen worden wäre. In jedem Fall ist Begründung für die Erhöhung der Grundsteuer nachträglich weggefallen. Es ist deshalb unumgänglich, die Grundsteuer für das kommende Haushaltsjahr zur Entlastung der Bürger dieses Jahr wieder herabzusetzen. Die FDP hat einen entsprechenden Antrag gestellt.

SgDuH, die erwähnten Mehreinnahmen – in aller ersten Linie aus Gewerbesteuer und nicht, wie teilweise behauptet, durch Sparmaßnahmen gewonnen - haben einige Mitglieder in Rat und Verwaltung in Übermut versetzt. So hört man von der Verwaltung, die Finanzen seien wieder im Lot, man brüstet sich mit angeblich vorausschauend getroffenen Beschlüssen des GemRates und führt das strukturelle Sparkonzept als einen der primären Faktoren der veränderten Situation auf.

Meine Damen und Herren, obwohl Optimismus oberste Pflicht ist, erwecken diese Ausführungen zur Finanzlage völlig falsche Hoffnungen. Die Zahlen geben ein anderes Bild von der Sachlage wieder: Auch wenn es im kommenden Jahr gelingt, einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren, ist ein nachhaltiger Konsolidierungskurs noch immer nicht eingeschlagen.

Die Verschuldung der Stadt bewegt sich mit über 40 Mio. € nach wie vor auf extrem hohem Niveau, was dazu führt, dass im Jahr 2006 für Zinsen und Tilgung alleine ungefähr 4,5 Mio € aufgewendet werden müssen. Dies sind 7% des Gesamthaushaltes, eine Größenordnung mit der sich jährlich der Umbau des Eugen-Bolz-Platzes bewerkstelligen ließe.

Auch viele andere Aspekte dokumentieren den bleibend schlechten Zustand der Stadtfinanzen: Die Kreisumlage bleibt mit 41,95 % in einem Bereich, der die Stadt außerordentlich belastet. 14 Mio €, (1/4 des Verwaltungshaushaltes) sind alleine dafür zu leisten. Seit Jahren gelingt es nicht mehr die notwendigsten Mittel für den Unterhalt von Gebäuden aufzubringen. Dies ist ein Raubbau an bestehender Substanz, der in einem Teufelskreis langfristig noch mehr Kosten verursachen wird. Auch

beim Erhalt der Straßen sieht es nicht anders aus. Die Bürger müssen sich endlich fragen, woran es liegt, dass Ausbesserungsarbeiten seit Jahren fast nicht mehr und die Beleuchtung nur noch lückenhaft vorgenommen werden können.

Noch immer ist die Stadt gezwungen weiterer Bauplätze zur Deckung des Haushaltes zu veräußern. Dies obwohl der mittel- und langfristige Wohnbedarf schon weit gedeckt ist. Wünschenswerte zusätzliche Mittel zur Unterstützung von Kultur, Vereinen und Sport stehen vor diesem Hintergrund - man braucht es nicht zu erklären - seit langem nicht mehr zur Verfügung.

Diese Zustände sind - wie ich finde - der größten Wirtschaftsnation und einer der stärksten Wirtschaftsregionen in Europa nicht würdig und dokumentieren nur eines: Staat, Stadt und Verwaltung leben noch immer weit über ihre Verhältnisse und betreiben Misswirtschaft auf Kosten der gesamten Gesellschaft. Der Erhalt eines in seiner Ausprägung überdauernden Systems und die Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes scheinen vielen Amtsträgern inzwischen wichtiger geworden zu sein als die Verantwortung vor kommenden Generationen.

SgDuH, es ist unstrittig, dass der hohe Schuldenstand teilweise auch durch notwendige Investitionen wie z.B. in das Abwassersystem und Ganztagesbetreuung verursacht worden sind. Trotzdem rechtfertigt dies in keinsten Weise, dem finanziellen Zustand Jahrzehnte nur halbherzig zu begegnen, anstatt ein paar Jahre hart zu sparen, um wieder langfristig investieren zu können. Hierzu scheint der Gemeinderat jedoch offensichtlich nicht recht bereit zu sein, da bislang kaum eine Sparmaßnahme konsensfähig ist. Wie ließe es sich sonst erklären, dass auch in diesem Jahr von beiden Fraktionen, SPD und CDU, kein einziger Sparvorschlag kommt.

Die desaströse Finanzsituation ist leider auch ein Produkt der wenig zukunftsgerichteten Haushaltspolitik der letzten Jahrzehnte und damit direkt verursacht durch das Wirken der hier vertretenen Mehrheitsfraktionen. Ihr Wirken trägt die Mitverantwortung, dass wir heute praktisch keine Spielräume und Mittel für wünschenswerte Investitionen in unserer Stadt haben, wie sie z.B. die Ermöglichung von attraktiven Baumaßnahmen, kulturellen Ereignissen oder wie aktuell diskutiert die Unterstützung von Spitzensport bzw. Bundesligavolleyball.

Die FDP-Fraktion wird aus diesen Gründen zusammen mit den Freien Bürgern im Anschluss dieser Haushaltsberatungen ein 2. Strukturelles Sparkonzeptes beantragen, aus dem ein zusätzliches signifikantes Einsparvolumen hervorgehen muss. Der hohe Schuldenstand muss runter, wenn nötig, mit einem Kraftakt. Aus gleichem Grund beantragen wir weitere Mehreinnahmen aus Gewerbesteuer bzw. Minderausgaben bei der Kreisumlage zielgerichtet für den Abbau der Verschuldung und nicht für sonstige Ausgaben einzusetzen. Lieber 5 harte, tränenreiche Jahre, als ein unbefriedigendes „Vor-sich-Hindümpeln“ über weitere zwei Jahrzehnte. Unsere gemeinsame Aufgabe heißt: Investitionsspielräume schnellstmöglich zurückgewinnen. Erst dann werden wir wieder Freude an unserer Stadt bekommen und notwendige Aufgaben, wie Ganztagesbetreuung, Infrastruktur u.s.w. in einem ordentlichen Maße umzusetzen können.

Es wird Zeit, dass sich der Gemeinderat nicht mehr mit der Rolle eines handlungsunfähigen Debattierclubs zufrieden gibt und sich stattdessen im Bewusstsein seiner Verantwortung der Aufgabe entschlossen annimmt.

Der Vertreter der CDU-Fraktion, Herr Lämmert, hat im letzten Jahr seine Rede mit einem schönen Zitat von Cicero geschlossen. Er sagte: Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein, die Arroganz der Behörden muss gemäßigt werden, die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnung zu leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Zitat ist gut und richtig, jedoch in seiner Aussage nicht vollständig. Viel besser wäre es, wir machten uns selbst an die Arbeit und begehen endlich den steinigen Weg ohne auf Kosten des Bürgers weiter zu wirtschaften. Dies mit einer wunderbaren und realisierbaren Vision vor Augen: Der Vision einer Stadt, die finanziell unabhängig ist und die in die Zukunft ihrer Kinder investieren kann.

In diesem Sinne wünsche ich uns Entschlossenheit, Mut und weiter gute Beratung.

Tobias Baur
Fraktionsvorsitzender der FDP